

Bürgerbewegungen, alternativer Hedonismus und Nicht-Nachhaltigkeit

Demokratie als Selbstillusion

Wer unbesorgt die Zukunft der Demokratie für gesichert hält, übersieht ihren Verlust an Qualität und Charakter. Von ihrem Ende kann zwar noch keine Rede sein, aber aus ökologischer und sozialer Perspektive ist ihr Zustand äußerst bedenklich, während sich politische Beobachter, selbst die neuen Bürgerbewegungen, mit der Illusion einer Demokratie zufriedengeben.

Von Ingolfur Blühdorn

Sich über den Zustand und die weiteren Entwicklungsperspektiven unserer Demokratie ein klares Urteil zu machen, ist derzeit nicht einfach. Auf der einen Seite hören wir, seit Jahren schon, von Parteien- und Politikverdrossenheit, von Reformstau und demokratischer Sklerose und von Politikern, die, statt vertrauenswürdig die Interessen der Bürger zu repräsentieren, bloß noch Exekutivorgan von Sachzwängen und Politiken sind, auf die sie kaum Gestaltungseinfluss haben. Doch auf der anderen Seite erleben wir auch einen beachtlichen demokratischen Aufbruch: In Ägypten, Libyen und anderen arabischen Staaten sehen wir Proteste gegen die autoritären Regime; immer mehr Staaten geben sich eine demokratische Verfassung; und in etablierten Demokratien wie der Bundesrepublik ist eine auffällige Renaissance der sozialen Bewegungen zu beobachten. In Hamburg haben die sogenannten „Wutbürger“ im vergangenen Jahr eine geplante Schulreform gekippt. In Stuttgart haben sie nicht nur das Bahnhofprojekt ins Wanken gebracht, sondern eine Grüne Revolution in Gang gesetzt, die im Frühjahr 2011 den ersten Grünen Ministerpräsidenten auf den Thron gehoben hat. Und im Berliner Kanzleramt hat die wieder erstarkte Anti-Atomkraftbewegung, beflügelt vom Fukushima-Effekt, einen Gesinnungswandel herbeigeführt, der die schwarzgelbe Verzögerung des Atomausstiegs in eine Beschleunigung umzukehren scheint. Angesichts dieser Mobilisierungskonjunktur und

Protest-Erfolge kann man kaum von politischer Apathie sprechen, vom Ende der Demokratie oder davon, dass die Bürger keinerlei Einfluss auf die Politik mehr hätten. Im Gegenteil scheint der Einfluss direkter denn je.

Wie passen diese widersprüchlichen Diagnosen zusammen? Wie ist es um den Gesundheitszustand und die Leistungskraft der Demokratie tatsächlich bestellt? Diese Fragen sind nicht zuletzt deswegen so wichtig, weil wir mit dem Klimawandel, dem Kampf um immer knappere Ressourcen, der wachsenden sozialen Ungleichheit, der Überlastung der öffentlichen Haushalte und den vielen anderen Facetten der Nachhaltigkeitskrise vor historischen Herausforderungen stehen, die für die Demokratie zum bisher härtesten Belastungstest werden könnten. Einstweilen gilt als beinahe unantastbare Lehrmeinung, dass Demokratie und Nachhaltigkeit untrennbar miteinander verbunden seien; doch ob demokratische Institutionen wirklich in der Lage sind, die Nachhaltigkeitskrise zu bewältigen, und wie genau sie dies schaffen werden, ist tatsächlich noch weitgehend ungeklärt. Fest steht nur, dass „wir“, wie es generalisierend oft heißt, erheblich über unsere Verhältnisse leben, dass es dabei aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen nicht bleiben kann und dass fundamentale strukturelle Veränderungen unvermeidbar und bereits im Gange sind. Weit weniger fest steht, welchen Beitrag demokratische Institutionen zu diesem Strukturwandel leisten können. Welche Rolle spielen demokratische Bewegungen ei-

Ingolfur Blühdorn ist Professor für Politik und Politische Soziologie an der University of Bath (Großbritannien).

gentlich, wenn der zu verteilende Kuchen nicht mehr wächst, sondern plötzlich schrumpft?

Nützlich in diesem Zusammenhang ist zunächst, sich daran zu erinnern, dass (und warum) das Demokratievertrauen historisch keineswegs immer so unerschütterlich war wie heute und dass auch das Verhältnis zwischen Demokratie und Nachhaltigkeit von manchem Beobachter schon früh eher kritisch gesehen wurde. Tatsächlich stand die Demokratie in der politischen Ideengeschichte in ganz überwiegend negativem Ruf. Platon und Aristoteles hatten sie für eine verfehlte Staatsform gehalten, die nicht dem Wohl der Polis-Gemeinschaft diene, sondern mit „irregeleiteten“ Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit geradewegs in die Selbstzerstörung des Gemeinwesens führen müsse. Rousseau, der vielen als Vordenker der radikalen Demokratie gilt, hielt die Demokratie für bestenfalls in wenig komplexen und relativ armen Kleinstaaten für praktikabel. Max Weber plädierte am Ende des Kaiserreichs zwar für die Demokratisierung Deutschlands, aber das von ihm favorisierte Modell der „plebiszitären Führerdemokratie“ zielte nicht auf die Erfüllung demokratischer Normen der Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung, sondern vor allem auf die Auswahl einer fähigen Führungselite. In den 1970er Jahren befürchteten dann konservative Beobachter, in demokratischen Staaten würden die schleichende Anspruchsinflation auf Seiten der Bürger und die Ausdifferenzierung von sozialen Identitäten letztlich in einen Zustand der „Unregierbarkeit“ führen. Linke fürchteten, der zunehmend unterfinanzierte Wohlfahrtsstaat werde immer weniger seine Funktion der sozialen Integration erfüllen können, was notwendig die Basis der Demokratie unterminiere. Beide Seiten gingen davon aus, dass die demokratische Ordnung in kultureller wie in materieller Hinsicht auf Ressourcen beruhe, die in modernen Gesellschaften schrittweise ausgezehrt, aber nicht regeneriert würden – bis zum Punkt des unvermeidlichen Zusammenbruchs.

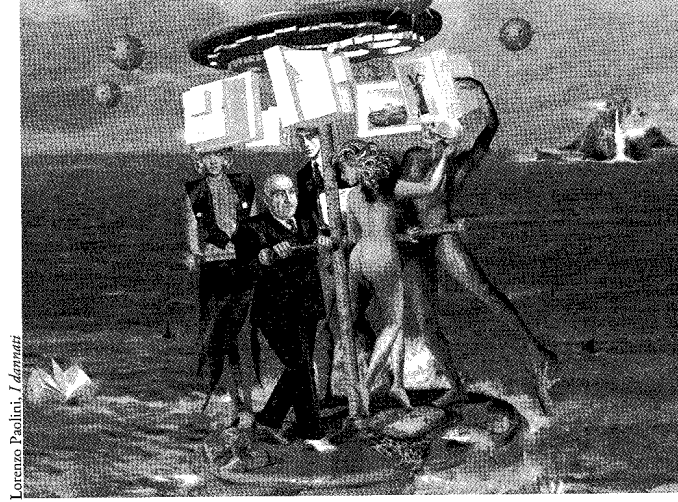
Speziell im Hinblick auf die jetzt anstehenden Nachhaltigkeits- und Zukunftsfragen gehörte zu den schon früh geäußerten Bedenken, dass die Demokratie in gefährlichem Maß auf die Gegenwart fixiert sei. Schon bei Platon und Aristoteles klang das unmissverständlich an. Die

Demokratie tut sich schwer damit, der Zukunft und den Ansprüchen nachfolgender Generationen angemessenes Gewicht zu geben. Überhaupt kann sie all dasjenige, was keine Stimme hat – bedrohte Arten, verseuchte Ozeane, kollabierende Ökosysteme – kaum repräsentieren. Sie richtet die Politik nach dem Willen der Mehrheit aus, obwohl das nur selten im Sinne von Nachhaltigkeit und Ökologie vernünftig ist. Zudem ist die Demokratie im Gegensatz zu allen entscheidenden Zukunftsfragen weitgehend auf den Nationalstaat beschränkt. Nicht nur ist sie kaum in der Lage, Mehrheiten für Politiken zu mobilisieren, die den Wählern Kosten oder Beschränkungen zugunsten von Menschen in anderen Erdteilen auferlegen. Schlimmer noch: Seit die internationale Vernetzung das demokratische Prinzip der Kongruenz zwischen Entscheidungsträgern und Entscheidungsbetroffenen ausgehebelt hat, legitimieren demokratische Verfahren systematisch die Externalisierung von ökologischen und sozialen Kosten. Im Übrigen ist die Demokratie stets emanzipatorisch, d.h. sie richtet sich immer auf die Ausweitung bestehender materieller oder kultureller Freiheiten. Sie ist wenig geeignet für jede Form einer die Mehrheit betreffenden Einschränkung. Und die Spannung zwischen ihren beiden Grundprinzipien, der Freiheit und der Gleichheit, konnte sie immer nur im Horizont des Wachstums bewältigen. Kein Wunder also, dass einige ökologische Vordenker bereits in den 1970er Jahren im „asketischen Verteilungsstaat“ oder einer „wohlwollenden ökologischen Tyrannis“ den einzigen Weg aus der Umweltkrise sahen.

So erfüllt sich heute in der von vielen beklagten Krise der Demokratie also wohl nur eine alte Vorhersage. Doch gleichzeitig verkünden andere einen erstaunlichen demokratischen Optimismus, sowohl hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der Demokratie selbst, als auch in Bezug auf die sich zuspitzende Nachhaltigkeitskrise. Namhafte Sozialwissenschaftler wie Ronald Inglehart oder Russell Dalton insistieren, die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung und der mit dem gesellschaftlichen Fortschritt einhergehende Wertewandel machten moderne

Gesellschaften immer demokratischer. Die „stille Revolution“, also der Kulturwandel, der in den 1970er Jahren eingesetzt hat, sorgt bis heute dafür, dass sich die Bedingungen für die Demokratie stetig verbesserten. „Expressive Wertorientierungen“ der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung seien gegenüber vornehmlich materiellen „Überlebenswerten“ weiter auf dem Vormarsch. Der Ausbau des Bildungssystems mache die Bürger zunehmend selbstbewusst, kritisch und artikulationsfähig, und die verbesserte Zugänglichkeit von Information verwandle passive Bürger, die nur an der Wahlurne „ihre Pflicht erfüllen“, in aktive Bürger, die sich in vielfältiger Weise engagieren. Das Spektrum der politischen Artikulations- und Beteiligungsformen habe sich in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich erweitert, und die Potenziale der aktiven Gestaltung demokratisch verfasster Gesellschaften seien auch weiterhin noch lange nicht ausgeschöpft. Insgesamt, so die These der demokratischen Optimisten, entwickle sich die bloß repräsentative Demokratie schrittweise in eine immer authentischere direkte Demokratie.

Hinsichtlich des Strukturwandels zur Nachhaltigkeit gilt den Optimisten der sogenannte „politische Konsum“ als eines der aussichtsreichsten basisdemokratischen Instrumente. Die freudige Botschaft lautet: Shopping hilft die Welt verbessern, und immer mehr Bürger beteiligen sich daran! Sie entdecken, so heißt es in den einschlägigen Bestsellern von Fred Grimm, Tanja Busse oder Peter Unfried, ihre politische Macht als Konsumenten und richten ihre Kaufentscheidungen nach sozialen und ökologischen Kriterien aus. Gerade im Milieu der LOHAS, also der Anhänger eines „Lifestyle of Health and Sustainability“, bildeten sich Konsummuster und Lebensstile heraus, die zukunftsweisend seien, nicht nur insofern sie die Anbieter von Waren und Dienstleistungen unter Druck setzten, ihre ökologischen und sozialen Standards zu verschärfen, sondern mehr noch, weil sie neue Vorstellungen von Glück, Erfüllung und vom guten Leben entwickelten. Aus zunehmender Unzufriedenheit über Beschleunigung und Megakonsum, so argumentieren auch die britische Kulturwissenschaftlerin Kate Soper oder der „Postwachstumsökonom“



Lorenzo Paolini / Adamati

Der letzte Tanz auf dem Karussell

Niko Paech, entwickle sich ein „alternativer Hedonismus“, der nicht mehr von einer ökologischen Pflichtethik und verbissener Verzichtsideologie bestimmt sei, sondern vielmehr von der ganz selbstbezogenen Einsicht, dass „weniger oftmals mehr“ ist und Konsumminderung auch als Befreiung verstanden werden kann. In den alternativen Lebensformen, den großstädtischen Öko-Vierteln, den Transition-Towns, so die These, vollziehe sich derzeit genau der Werte- und Kulturwandel, der als Ergänzung zur innovativen Effizienztechnologie so dringend gebraucht wird, der die Grundlage für eine wahrhaft demokratische Umweltpolitik bildet und den Wandel zur Nachhaltigkeit erst richtig in Schwung bringt.

Gerade bei den Grünen ist dieser demokratische Optimismus tief verwurzelt. Schließlich war ihr Projekt der „neuen Politik“ von Anfang an die Verbindung von Demokratie und Ökologie. Ihre elektoralen Hochburgen liegen heute genau im urbanen LOHAS-Milieu, und ihre jüngsten Erfolge scheinen zu bezeugen, dass die „neue Politik“ inzwischen voll zum Mainstream geworden ist. Gewiss, „fair trade“ und Bio verkaufen sich gut, selbst wenn die Wirtschaftslage vorübergehend angespannt ist. Alternative Lebensstile, der Zusammenhang von Konsum und Glück, Suffizienz, „urban gardening“ und die Postwachstumsökonomie werden im Moment breiter diskutiert als je zuvor. Und die demokratische Hoffnung ist zumindest insofern verständlich und gerechtfertigt, als es überhaupt keine Anzeichen dafür gibt, dass expertokratisch-autoritäre Strategien für den Nachhaltigkeitswandel etwa aussichtsreicher wären als demokratische. Doch die Ana-

lysen der Krisentheoretiker und die Bedenken der Demokratieskeptiker sind damit nicht ausgeräumt. Unausweichlich bleibt daher die Frage: Wie plausibel ist dieser demokratische Optimismus wirklich?

Immerhin ist der sogenannte „alternative Hedonismus“ beim besten Willen nicht neu. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gab es Landkommunen, eine Gartenstadt- und eine Lebensreformbewegung. In den 70er und frühen 80er Jahren suchten die Alternativen wahres Glück und Erfüllung jenseits von Massenkonsum und Kulturindustrie. Gibt es wirklich Grund zu der Annahme, dass die „Kulturrevolution“ heute mehr Breitenwirkung entfalten wird als damals? Tatsächlich haben sich die vermeintlichen Hoffnungsträger der demokratischen Nachhaltigkeit heute doch auf die Logik der Effizienz, der Innovation und des Wachstums bedingungsloser eingelassen denn je. Es ist diese Logik selbst, die nicht nachhaltig ist. Aber die innovative Effizienztechnologie, der „politische Konsum“ und die Hoffnung auf grünes Wachstum stellen diese Logik nicht in Frage, sondern verfestigen sie weiter. In Bezug auf das LOHAS-Milieu legt die jüngste Studie der Bundesregierung zum Umweltbewusstsein in Deutschland denn auch nahe, dass der „ökologische Fußabdruck“ hier keineswegs kleiner ausfällt als anderswo. Der sogenannte „politische Konsum“ bezieht sich in aller Regel nämlich nur auf einen kleinen Ausschnitt des individuellen Gesamtkonsums. Er ist tendenziell eher additiver als substitutiver Natur. Die fortschreitende Effizienzinnovation schafft ständig Anreize zu neuem „Sparkonsum“. Und der „alternative Hedonismus“ verträgt sich prächtig mit lebhafter (Fern-)Reisetätigkeit. Die behauptete Kulturrevolution ist daher wohl nicht aussichtsreicher als die technologische Effizienzrevolution, deren positive Effekte bisher stets von verschiedenen Rebound-Effekten und parallel verlaufenden Wachstumsprozessen überkompensiert worden sind. Insbesondere ist der auf das gesättigte LOHAS-Segment konzentrierte „alternative Hedonismus“ vollständig unzureichend, um einen demokratisch legitimierten Wandel zur Nachhaltigkeit zu organisieren. Denn für den ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung wird wohl auch weiterhin gelten, was Sigmar

Gabriel 2006 als Umweltminister sagte: „Wenn wir ehrlich sind, empfindet auch in unserem Land eine Mehrzahl der Menschen ihr ‚Stück vom Kuchen‘ als eher zu klein als zu groß.“ Mit wachsender sozialer Ungleichheit wird sich diese Einschätzung wohl sogar weiter ausbreiten, nicht verflüchtigen.

Noch grundsätzlichere Bedenken gegenüber dem demokratischen Optimismus ergeben sich aus einer anderen Überlegung: Was verschiedene Studien insbesondere für den unteren Rand der Gesellschaft festgestellt haben, dass nämlich die Demokratie hier keine Hoffnung mehr bietet, kein Versprechen, kein Projekt, gilt mit verändertem Vorzeichen auch in anderen Teilen der Gesellschaft. An den Grenzen des Wachstums und unter Bedingungen der verschärften Konkurrenz um sich verknappende Möglichkeiten und Ressourcen verliert die Demokratie auch in den bürgerlichen Mittelschichten an Appeal. Wenn gegenüber der Umverteilung von Wohlstandszugewinnen die Zuteilung von neuen Pflichten und „Selbstverantwortung“ in den Vordergrund tritt, verkehren sich die Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit von einer Verheißung in eine Bedrohung. Wenn in der beschleunigten Gesellschaft Flexibilität und Schnelligkeit zur zentralen Bedingung des Erfolgs werden, werden demokratische Prozeduren und Prinzipien zur Belastung. Wenn der ökonomische Wettbewerbsdruck im Verein mit individualistischen Emanzipationsbestrebungen die Normen der Individualität und Identität flexibilisiert, finden sich die Bürger in den etablierten demokratischen Institutionen immer weniger wieder. Diese Institutionen können die Komplexität und Dynamik moderner Bürger nicht mehr organisieren und abbilden. Sie – und damit die Demokratie insgesamt – verlieren ihre Verankerung nicht nur in der Struktur der Gesellschaft, sondern auch in der des Individuums. Und der unheilvolle Kreis schließt sich, wenn die Politik, um sich wenigstens noch über ihre Effizienz legitimieren zu können, also über eine möglichst hohe Problemlösungsfähigkeit bei einem möglichst geringen Ressourcenbedarf, immer mehr auf entpolitisierte, expertokratische Verfahren setzt und die Bürger auf sicherem Abstand hält.

Diese Entwicklungstendenzen können insgesamt als eine Art „postdemokratische Wende“ beschrieben werden, die in wesentlichen Punkten die Krisentheorien der 1970er Jahre bestätigt. Entscheidend allerdings ist, dass mit dieser postdemokratischen Wende weder von Seiten der Bürger noch von Seiten der Politik der demokratische Anspruch aufgegeben wird. Im Gegenteil ist festzustellen, dass sich der individualisierte Anspruch der Bürger auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung parallel zum Aufweichen von traditionellen Normen, sozialen Verpflichtungen und ökologischen Imperativen weiter radikalisiert. Und die Politik hat den Diskurs der Selbstbestimmung, der Wahlfreiheit und Zivilgesellschaft tief verinnerlicht. Mehr denn je ist von Bürgergesellschaft, Partizipation und Teilhabe die Rede. Unermüdlich betont die Politik, dass „der Wählerauftrag“ für sie der zentrale Referenzpunkt sei. Aber diese neue Demokratie ist in Wahrheit nicht mehr egalitär und progressiv. Vielmehr mobilisieren moderne Bürgerbewegungen – gerade in der verunsicherten Mitte der Gesellschaft – zunehmend demokratische Werte und Verfahren, um bedrohte Freiheiten und Privilegien gegen neue Konkurrenz zu verteidigen. Und die gewählten Parlamentarier benutzen die „Ermächtigungsrhetorik“ vor allem, um „demokratische Legitimation“ für eine Politik der Ungleichheit und Exklusion zu konstruieren.

Wer da unbesorgt die Zukunftsfähigkeit der Demokratie für gesichert hält und die Demokratie in der Tradition der emanzipatorischen Bewegungen weiter als das entscheidende Mittel einer effektiven Nachhaltigkeitswende propagiert, übersieht, in welchem Maße sie ihre Qualität und ihren Charakter verändert hat. Tatsächlich droht die postdemokratisch gewendete Demokratie unter der Hand zum entscheidenden Mittel einer Politik der Nicht-Nachhaltigkeit zu werden, einer Politik also, die am einen Ende der Gesellschaft Wohlstand und Wachstum verteidigt und am anderen Ende soziale Ausgrenzung und das Management der Überflüssigen organisiert. Mehr noch, als die Skeptiker der Demokratie es immer schon befürchtet hatten, wird die Demokratie vielleicht zum Teil des Problems, nicht der Lösung. Vergessen wir

nicht: Immer schon hat die Demokratie dem Kapitalismus die politische Legitimation verschafft. Immer schon war auch die privilegierte bürgerliche Mittelklasse der Motor der neuen sozialen Bewegungen und ihrer „partizipatorischen Revolution“. Wird die postdemokratisch gewendete Demokratie jetzt also zum Legitimationsinstrument für die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit? Zumindest ist die Hoffnung auf die neuen Bürgerbewegungen und den alternativen Hedonismus wohl nicht mehr als eine gesellschaftliche Selbstillusionierung. Die demokratischen Optimisten helfen unfreiwillig, den postdemokratischen Charakter der modernen Gesellschaft zu verschleiern und die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit zu stützen. Für das Management der Ausgeschlossenen sind ihre Erzählungen jedenfalls außerordentlich nützlich, und der privilegierten Mittelklasse bieten sie die Möglichkeit, ihr demokratisch-ökologisches Selbstverständnis zu kultivieren, ohne dabei ihre gegenteiligen Präferenzen aufgeben zu müssen.

So kann also vom Ende der Demokratie zwar keine Rede sein, aus ökologischer und sozialer Perspektive ist ihr Zustand aber äußerst bedenklich. Auf unerwartete, anti-egalitäre Weise ist die – postdemokratisch gewendete – Demokratie vielleicht tatsächlich in der Lage, die Nachhaltigkeitskrise zu meistern. Und politische Beobachter, die neue Bürgerbewegungen und entstehende Lebensformen vor allem aus der Perspektive ihrer eigenen Wünsche analysieren, liefern derweil Erzählungen der demokratischen Selbstillusionierung. ✨

Hannover, 19. März 2011: Postdemokratische Demokratie?



Benjannin Redun